



An die Vernehmlassungsadressaten

Datum 8. Februar 2019

Kantonale Steuerrekurskommission und kantonale Rekurskommission für den Bereich Landwirtschaft und Landumlegungen

Vernehmlassung zu den von der ausserparlamentarischen Kommission vorgeschlagenen Gesetzesänderungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Staatsrat hat eine ausserparlamentarische Kommission mit der Prüfung der Situation betreffend die kantonale Steuerrekurskommission (KRK) betraut. Zudem hat er diese Kommission aufgefordert, ihre Überlegungen ausserhalb des Steuerbereichs auf alle Einheiten zu erweitern, die als aussergerichtliche Rekursbehörden fungieren.

Die Einsetzung dieser ausserparlamentarischen Kommission folgte zum einen auf das Bundesgerichtsurteil vom 22. August 2014, mit dem der Angliederung des Sekretariats der KRK an eine Dienststelle der Kantonsverwaltung ein Ende gesetzt wurde. Zum anderen war sie eine Reaktion auf den Bericht der Justizkommission des Grossen Rates (JUKO) vom 25. September 2014, der eine Reihe von Unzulänglichkeiten und Inkohärenzen bei der Funktionsweise der KRK ans Licht brachte. In diesem Bericht wurde primär die Auflösung der KRK und die Übertragung ihrer Kompetenzen an das Kantonsgericht und subsidiär die vollständige Restrukturierung und Reorganisation der KRK empfohlen. Zudem warf die JUKO in ihrem Bericht die Frage nach der Zweckmässigkeit anderer kantonaler Rekurskommissionen auf. Infolge dieses Berichts wurden mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht, in denen eine Reorganisation der KRK gefordert wurde.

Vor diesem Hintergrund wurde die ausserparlamentarische Kommission vom Staatsrat beauftragt, die Vor- und Nachteile einer Auflösung der KRK zu prüfen, die Zweckmässigkeit der Übertragung ihrer Aufgaben an das Kantonsgericht zu analysieren, Alternativen zu beleuchten, die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, Überlegungen zu Rekursbehörden ausserhalb des Steuerbereichs anzustellen und einen Bericht vorzulegen, der mögliche Reformansätze aufzeigt.

In ihrem Bericht zuhanden des Staatsrates empfiehlt die ausserparlamentarische Kommission, dass die KRK ihre Tätigkeit einstellt und durch eine ausschliesslich aus Berufsmagistraten bestehende steuerrechtliche Abteilung des Kantonsgerichts ersetzt wird. Zudem empfiehlt die ausserparlamentarische Kommission die Auflösung der kantonalen Rekurskommission für den Bereich Landwirtschaft und Landumlegungen und die Übertragung ihrer Aufgaben an die öffentlich-rechtliche Abteilung des Kantonsgerichts.

Der Staatsrat hat die Vernehmlassung zu den von der ausserparlamentarischen Kommission vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zusammen mit ihrem Bericht und einem artikelweisen Kommentar eröffnet. Zum jetzigen Zeitpunkt hat die Regierung zu diesem Dossier noch nicht Stellung genommen.



In der Beilage senden wir Ihnen die besagten Dokumente zur Vernehmlassung und bitten Sie, uns Ihre Feststellungen, Bemerkungen und Vorschläge bis zu folgendem Datum mitzuteilen:

18. April 2019

Die Stellungnahmen können per Post an die Staatskanzlei, Place de la Planta 3, 1950 Sitten oder per E-Mail an chancellerie@admin.vs.ch geschickt werden.

Die Vernehmlassungsunterlagen sind auf der Website des Staates Wallis unter <https://www.vs.ch/de/web/che/laufende-kantonale-vernehmlassungen> verfügbar. Alle interessierten Personen oder Institutionen können an dieser Vernehmlassung teilnehmen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die eingereichten Stellungnahmen nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens veröffentlicht werden können.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihr Interesse und grüssen Sie freundlich.



Esther Waeber-Kalbermatten
Präsidentin des Staatsrates

Beilagen Bericht der ausserparlamentarischen Kommission und vorgeschlagene Gesetzesänderungen
Artikelweiser Kommentar zu den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen